

Graz hat's – Österreich braucht's

Seite 2/3



Die Farbe lässt auf einen Ferrari schließen. Das Gerät ist aber ein Original-Porsche, wie er in den 50er-Jahren des letzten Jahrhunderts gebaut wurde.

Unsere Telefonnummer:

Tel u. Fax 03862/22417

KPÖ-Kapfenberg, GLB, Kinderland, KJÖ,
Mieterschutzverband

Donnerstag 14 - 17 Uhr
Freitag 9.30 - 17 Uhr und nach Vereinbarung

Zentralverband der Pensionisten:

Jeden 1. Donnerstag des Monats
von 14 bis 17 Uhr

Schreiben Sie uns!

Feldgasse 8, 8605 Kapfenberg,
Fax 03862/22417
m@il: kpoe-kapfenberg@gmx.at

Bund Demokratischer Frauen

Jeden 2. Dienstag des Monats
von 15 bis 18 Uhr

Kommunistische Jugend

Österreichs –KJÖ
m@il: kjoe@kjoe.at
www.kjoe.at
Tel. 038 62/22 4 17

Gemeindezusammenlegung – Posse um Bürgerbeteiligung



Die Brucker Stadtregierung hat mit den Stimmen von SPÖ und FPÖ beschlossen, zu der vom Land geforderten Fusion mit Oberaich eine Meinungsumfrage per Postwurfsendung durchzuführen, und zwar noch im September. Eine rechtlich verbindliche Volksabstimmung wird nicht durchgeführt. Grund für die Eile ist ein von der Landesregierung gestelltes Ultimatum, wonach Gemeinden, die sich nicht freiwillig melden, finanziell bestraft werden. In Oberaich, wo große Teile der Bevölkerung ob der geplanten Fusion auf die Barrikaden stiegen, gibt es eine Volksabstimmung, jedoch frühestens Ende Oktober.

Jürgen Klösch (KPÖ) war von Anfang an im Gemeinderat gegen die Fusionspläne, als einziger hatte er auf einer verpflichtenden Volksabstimmung bestanden. „Auch die ÖVP hat mittlerweile erkannt, dass die Politik des Drü-

berfahrens falsch ist“, zeigt sich Klösch erfreut.

Die KPÖ bleibt bei ihrer Forderung, keine Gemeindefusion ohne vorheriger Volksabstimmung durchzuführen. Abgesehen vom Zeitdruck ist die ganze Vorgehensweise höchst problematisch. Wir meinen: Zuerst sollte Oberaich als ‚kleiner Partner‘ sagen, ob überhaupt eine Zusammenlegung der Gemeinden gewünscht ist, und erst dann kann Bruck zu einer Fusion Stellung nehmen. Man kann doch nicht die Oberaicher vor vollendete Tatsachen stellen.

Klösch kritisiert die rechtlich fragwürdige Art der Volksbefragung: „Eine Briefumfrage kann niemals eine Abstimmung nach dem Volksrechtegesetz ersetzen. Im Gegenteil: Durch solche Alibiaktionen höhlt man die Demokratie aus.“

Pompöse Eröffnung für Brucker Bahnhof Wo bleibt die Lärmschutzwand?

Die Politiker haben sich bei der Bahnhofseröffnung wieder groß ins Rampenlicht gestellt, an die lärmgeplagten Anrainer wurde offenbar nicht gedacht.

Die Bewohner der Übelsteinerstraße leiden unter dem Lärm des Bahnhofs. Bei Tag und bei Nacht

sind die dortigen Bewohner stark in ihrer Gesundheit und ihrer Sicherheit gefährdet. Bürgermeister Rosenberger sind diese Probleme bekannt.

Anstatt dass er sich beim Land und bei den ÖBB eingesetzt hätte, dass man im Zuge der Bahnhofserneuerung auch gleich die Lärmschutzwand gebaut hätte, ist nichts geschehen. Wir hoffen für die Bevölkerung, dass dieser Missstand rasch beseitigt wird.



© Foto: ÖBB

Ein Politiker-Großaufgebot eröffnete der neuen Bahnhof. Auf Lärmschutz wurde vergessen.



Aus dem Brucker Rathaus

OBERAICH:

Ortskaiser will doch drüberfahren

Wie einer Sonderausgabe der Oberaicher Gemeindezeitung Ende August zu entnehmen ist, will Bürgermeister Gerhard Weber noch vor dem 30. September, dem Stichtag für eine freiwillige Fusion von Oberaich mit Bruck, den Beschluss für eine solche herbeiführen.

Um der Bevölkerung zu vermitteln, dass ihm deren Meinung wichtig sei, startet er eine briefliche Meinungsumfrage, die für eine Volksbefragung, wie sie laut zwei einstimmigen Gemeinderatsbeschlüssen vorgesehen wäre, keinerlei gesetzliche Grundlage hat und für die er angeblich nicht einmal in seiner eigenen Fraktion die volle Zustimmung findet.

Der Plattform für Oberaich verweigert er den ursprünglich geplanten Befragungstermin am 15. September, weil angeblich die Zeit für den Fristenlauf zu kurz sei und die Gemeindebediensteten mit den Vorbereitungsarbeiten überlastet wären. Jetzt ist plötzlich Zeit und Geld für die Aussendung von Werbematerial, Umfrage,



Informationsveranstaltungen und Auswertung der Umfrage vorhanden.

Hier handelt es sich um eine Frotzelei der gesamten Bevölkerung. Wie man dem Fusionsgedanken auch gegenüberstehen mag, das einzig Richtige ist eine Miteinbeziehung der Bevölkerung in Form einer Volksbefragung nach dem Steirischen Volksrechtegesetz. Dies muss VOR der Entscheidung – und nicht alibimäßig einige Wochen danach – geschehen.

Man darf gespannt sein, ob die Oberaicher Bevölkerung so mit sich umspringen lässt.

KOMMENTAR



Nicht die Katze im Sack kaufen!

Von Gemeinderat
Jürgen Klösch

Immer wieder werde ich von der SPÖ angegriffen, weil ich der Gemeindefusion kritisch gegenüberstehe. Ich glaube aber, dass es für die SPÖ wichtig wäre, meine kritischen Einwände wenigstens zu überdenken.

Erstens: All das geht viel zu überfallsartig. Eine Fusion – wenn man sie denn wirklich will – gehört ordentlich vorbereitet, und nicht im Eiltempo durchgepeitscht. Stattdessen erpresst das Land die Gemeinden – mit dem Geld der Steuerzahler! Und setzt unmöglich einhaltbare Fristen.

Zweitens: Bis heute konnte mir niemand erklären, warum eine erweiterte Kooperation der Gemeinden nicht sinnvoller wäre. Hier könnte man alles bündeln, was Vorteile bringt, müsste aber nicht die Eigenständigkeit aufgeben. In manchen Bereichen käme das auch billiger als eine Fusion, bei der auch viele neue Kosten

entstehen (z.B. für Verträge), von denen heute aber auch niemand sprechen will.

Und drittens fehlt bei der Fusion von Bruck und Oberaich ein einleuchtendes Konzept. Die Bevölkerung muss über etwas abstimmen, wo völlig unklar ist, was rauskommt. Man kauft doch nicht die Katze im Sack!

Und ich muss schon sagen: Je näher der vom Land geplante Fusionstermin rückt, desto schaler schmeckt die Suppe. Zuerst gibt es lauter halb wahre Versprechungen, dann verweigert man eine transparente Bürgerinformation und jetzt will man nicht einmal eine echte Abstimmung durchführen. Für so eine Politik stehe ich sicher nicht zur Verfügung!

 Gemeinderat
Jürgen Klösch:
Tel. 0664 / 793 4386

Wussten Sie, dass...

... Autobesitzer aus dem ehemaligen Bezirk Mürzschlag bei der Neu- oder Ummeldung ihrer Fahrzeuge knapp 20 Euro für die neuen Nummerntafeln (BM) zu bezahlen haben? Ein Mitnehmen der alten Nummerntafel ist für sie nicht mehr möglich.

... die ÖVP in Bruck sich anfangs immer für eine Fusion mit Oberaich ausgesprochen hatte? Nun ist sie skeptischer. Nur die KPÖ war von Anfang an gegen die Fusion ohne Volksabstimmung.

100.000 Euro nicht in der Stadtkasse angekommen?

Als ungenügend bewertet KPÖ-Gemeinderat Jürgen Klösch die Informationspolitik der Stadtregierung betreffend dem Standesamt Bruck. Vor dort hätten im Verlauf von 10 Jahren mehr als 100.000 Euro an Gebühren an die Stadtkasse abgeliefert werden müssen, was aber nicht geschehen ist: „Dass es bei den Finanzen des Standesamtes Probleme gibt, wussten Bürgermeister Rosenberger und sein engerer Kreis schon seit ca. zwei Wochen. Die Gemeinderäte erfahren wieder einmal erst aus der Zeitung, was los ist.“

Klösch, der auch Obmann des Prüfungsausschusses ist, erfuhr Anfang August durch Gerüchte von den Vorwürfen. Unmittelbar darauf schrieb er dazu eine Anfrage an Bürgermeister Rosenberger und berief eine außerplanmäßige Sitzung des Prüfungsausschusses ein.

„Lange habe ich keine Antwort vom Bürgermeister erhalten“ zeigt sich Klösch empört. „Wir werden jedenfalls im Prüfungsausschuss auch der Frage nachgehen, wie es

möglich ist, dass so lange niemandem etwas aufgefallen ist. Das ist doch sehr verdächtig.“

Jürgen Klösch: „Ich bin schockiert und bestürzt über diese Geschichte. Es ist aber auch typisch für die Vorgehensweise in Bruck, dass nicht von Anfang an auf Transparenz gesetzt wurde. Das Kontrollamt und Bürgermeister Rosenberger als Letztverantwortlicher werden einige offene Fragen beantworten müssen.“

Diese ersten offenen Fragen wurden in zwei Prüfungsausschusssitzungen (07.08.2013 und 26.08.2013) zu klären versucht. In den beiden Sitzungen wurde aufgezeigt wie komplex dieser Kriminalfall ist.

Jürgen Klösch: „Diese Geschichte wird uns noch längere Zeit beschäftigen. Es gab schon erste Anregungen von Seiten des Prüfungsausschusses, Lücken im System zu schließen. Die nächsten Schritte werden aber erst in der Gemeinderatssitzung am 26.09.2013 besprochen bzw. hoffentlich beschlossen.“



Warum Geld verschenken?

Kostenlose Beratung für Arbeitnehmerveranlagungen und Steuerfreibeträge mit einem Steuerrechtsexperten.

Termine nach Vereinbarung!

Tel: **03862 / 22 417**

Franz Bair Heim der KPÖ Kapfenberg, Feldgasse 8

Rat & Hilfe - KPÖ Bruck - Kapfenberg

Helpen statt reden

Seit 2005 konnte die KPÖ in Kapfenberg einigen hundert Personen mit unserer Mieter- und Sozialberatung kostenlos und unbürokratisch helfen.

Im Gemeinderat treten wir für die Interessen der Kapfenbergerinnen und Kapfenberger ein, sei es für mehr Transparenz in der Politik, gegen Gebührenerhöhung und für den Erhalt unseres Gemeindeeigentums.

Als Arbeiterpartei stehen wir in Kapfenberg und Parschlug gegen von oben verordnete, undemokratische Zwangsmaßnahmen aller Art.

Mutiger Schritt

Der Kapfenberger Gemeinderat sprach sich mit großer Mehrheit für die Abschaffung des Pflege-regresses aus. Angesichts des Drucks der Landesparteien ein mutiger Schritt, der Zivilcourage erforderte.

Gustav-Kramer Straße

KAPFENBERG. KPÖ-Gemeinderat Perteneder stellte eine Anfrage zur Wohnungssituation in der Gustav-Kramer-Straße. Wegen einer Sanierung werden dort Mieter ausquartiert, die Gemeinde soll helfen: „Mir kommt vor, die Gemeinde verwehrt den Leuten Zugang zu Gemeindewohnungen, obwohl es freie Wohnungen gibt. Man muss diese Leute wohnversorgen!“

Rat & Hilfe

bei der Mieter- und Sozialberatung der KPÖ

Bei unserer kostenlosen Mieterberatung finden Sie Rat und Hilfe...

- ...bei allen mietrechtlichen Fragen
- ...bei Fragen zur Betriebskostenabrechnung
- ...wenn Sie Schwierigkeiten haben, Ihre Miete zu bezahlen
- ...bei drohender Delogierung
- ...wenn Sie mit Ihrem Vermieter oder der Genossenschaft Probleme haben
- ...und in Fragen des Arbeitsrechtes, im Pensions- und im Sozialbereich

Rufen Sie an!

Wir werden versuchen, gemeinsam eine Lösung zu finden!

Telefonische Anfragen unter

Tel. 03862/22 417

Sprechstunden in der KPÖ Kapfenberg

Feldgasse 8, 8605 Kapfenberg,

Donnerstag von 14:00 bis 17:00 Uhr

und Freitag von 9:30 bis 17:00 Uhr sowie nach Vereinbarung

KOMMENTAR



GR Clemens Perteneder

Wo das Geld verpulvert wird...

In einer unlängst an alle Kapfenbergerinnen und Kapfenberger ausgesandten Information der Stadtgemeinde mit dem Namen „Eine kulinarische Reise“ wird die schöne, heile Welt vorgespielt.

Eine Hochglanzbroschüre im Amtsblatt-Look soll den Bewohnern die Restaurants und Gasthöfe unserer Stadt näher bringen. Darüber hinaus soll sie den Schein erwecken, dass sich der Bürgermeister um all das Geschaffene gekümmert hat.

Die Broschüre ist nicht nur fehlerhaft recherchiert, was den hinteren Teil mit „allen“ Gasthäusern, Cafes und Beisln betrifft. Dort wurden zwar alle Wettcafes angeführt, viele alteingesessene Gasthäuser und zahlreiche andere Gaststätten fehlen. Anderes stimmt nicht, seien es Namen oder Öffnungszeiten.

Auch bei den sonst so schön beschriebenen Gaststätten stimmt nicht immer alles.

Wie einem Gastronomen hier die Ehre zuteil geworden ist, dass er genau beschrieben und gelobt wird, ein anderer jedoch gar nicht vorkommt, bleibt schleierhaft.

Empfohlen wird beispielsweise die Pizzeria „Don Camillo“, sie jedoch musste kurz nach der Eröffnung wieder schließen. Das sind nur einige Anmerkungen, die mir dazu einfallen.

Das Geld für diese Zeitschrift hätte man sich auch sparen können oder sinnvoller ausgeben.

Auch sonst wird viel Geld sinnlos verschwendet.

Warum wurden über 320.000 Euro für die Umgestaltung des Roseggerparks verschwendet? Vielleicht, weil Kapfenberg schöner werden muss.

Ich meine, dass die Leute andere Probleme haben, um die man sich kümmern muss.

In unserer Mieter- und Sozialberatung melden sich laufend Menschen, denen es so schlecht geht, dass sie nicht wissen, wie sie ihre Miete, ihre Heizung oder die Stromrechnung bezahlen sollen.

Die Politik hat das zu verantworten. Die Mehrheitsfraktionen im Land und im Nationalrat haben die Kürzungen bei den Sozialleistungen derart auf die Spitze getrieben, dass für viele Menschen nichts mehr übrig bleibt.

Ich versuche, Lösungen für die Betroffenen zu finden. Im Großen wird sich das so lange nicht ändern, solange Parteien das Wort haben, die weiter nichts wollen, als am falschen Platz zu sparen und das Geld sinnlos auszugeben.

fürchtet
euch nicht!

Gemeinderat Clemens Perteneder

Tel. 03862 / 22 4 17

Aus dem Gemeinderat Parschlug:

Forderungskatalog und Volksbefragung

In der Gemeinderatssitzung vom 3. September ging es um die vom Land geforderte Fusion mit Kapfenberg. Es wurde beschlossen, eine Volksbefragung am 27. Oktober durchzuführen.

Vizebürgermeisterin Posch betonte, dass sich der Gemeinderat an den Ausgang der Befragung halten müsse. Alles andere wäre demokratiepolitisch bedenklich. Des Weiteren wurde ein umfassender Forderungskatalog beschlossen, in dem weitreichende Zugeständnisse von der Stadt Kapfenberg gefordert werden. Beispielsweise will man eine Garantie für die Beschäftigten der Gemeinde Parschlug, den Erhalt des Wirtschaftshofes und

des Gemeindeamtes als Bürgerservicestelle und eine Sonderstellung für Parschluger Vereine. Was allerdings geschieht, wenn Kapfenberg auf die Forderungen nicht eingeht, blieb unbeantwortet. Vizebürgermeisterin Posch bemerkte zu Recht, dass der zukünftige Gemeinderat sämtliche Abmachungen für nichtig erklären kann, eine Rechtssicherheit also nicht gegeben ist. Schließlich wurde auch eine Gegenüberstellung der Gebührentafeln präsentiert. Vor allem für die Bewohner der Sonnleiten/Pogier wird sich die Fusion finanziell kaum auszahlen, alle anderen müssen im Einzelfall nachrechnen, vor allem größere Haushalte dürften draufzahlen.



Neue Führung fürs Frauenhaus?

Die zahlreichen Proteste der letzten Jahre fanden wohl endlich Gehör beim SP-Landesrat Siegfried Schrittwieser, der in der letzten Ausgabe der WOCHE „die hervorragende Zusammenarbeit“ mit dem Grazer Trägerverein hervorhebt und von Zusammenlegung spricht. Es sieht so aus als wollte er künftig nicht mehr auf den

derzeitigen umstrittenen Verein „Wildrosen“ für das Frauenhaus in Kapfenberg setzen.

Landesrat Schrittwieser hat offensichtlich erkannt, dass ein Verein, der aufgrund des „Führungsstils“ der geschäftsführenden Obfrau eine Mobbing-Klage anhängig hat, nicht der passende Träger für das Frauenschutzzentrum ist.

Salvador Allende

Filmvorführung im Franz Bair Heim

12. Oktober, 18 Uhr

Am 11. September 1973 wurde in Chile durch das Militär mit Unterstützung des US-amerikanischen CIA der demokratisch gewählte Präsident Salvador Allende gestürzt. Die Demokratie wurde durch eine der brutalsten Militärdiktaturen des 20. Jahrhunderts ersetzt. Der Chilene Patricio Guzmán hat diese Zeit als junger Filmemacher erlebt und in mehreren Filmen thematisiert. Jetzt nähert er sich in einem sehr persönlichen und einfühlsamen Porträt der Figur Salvador Allendes, der zu den raren integren Persönlichkeiten auf dem politischen Parkett gehörte. Guzmán zeichnet mit eindrucklichem Bildmaterial den politischen Aufstieg Allendes bis hin zu seinem Tod vor vierzig Jahren.

Was sich 1973 in Chile ereignete spielt sich derzeit anderswo wieder ab: Die Einmischung der USA wegen wirtschaftlicher und militärstrategischer Interessen in andere souveräne Länder. Zum Eindrücklichsten in diesem Film gehören sicher die Äußerungen des US-Botschafters von Santiago anfang der 70er Jahre, der schildert, wie systematisch die Demokratie zunächst gestört und dann mit Waffengewalt vernichtet wurde.

Im Zentrum von Guzmáns Film steht aber mit Salvador Allende ein Politiker, der sich mit seinem ganzen Leben dem Wohl



seines Volkes gewidmet hat, der kein Dogmatiker war und ein offenes Ohr hatte für die Menschen in seinem Land. Einige der Fotografien und Dokumente über den Präsidenten hatte dessen Amme über 17 Jahre lang versteckt, weil die Häsher Pinochets Menschen und Material vernichteten, um Erinnerungen auszulöschen. Wie ein Archäologe begibt sich der Regisseur auf die Suche nach der Vergangenheit, nach den Mauern, auf denen das chilenische Volk damals seine revolutionären Ideen zum Ausdruck brachte.

Samstag, 12. Oktober, 18:00 Uhr, Franz Bair Heim, Feldgasse 8, Kapfenberg
Eintritt frei!
„Salvador Allende“, Drehbuch und Regie: Patricio Guzmán
104 min, spanisch mit Untertitel

Auch Bruck braucht Aktivcard

Der Brucker KPÖ-Gemeinderat Jürgen Klösch: „Vor rund 15 Jahren forderte die KPÖ im Bezirk erstmals die Einführung eines Aktivpasses für Personen mit einem geringen Einkommen.“ Seit 2008 gibt es die Aktivcard in Kapfenberg. Bruck wartet immer noch auf die Einführung.



Die Fusion zerstört die Region!

Warum wir gegen die Eingemeindung von Oberaich sind:

- Zu wenig Zeit zum Überlegen – Man darf sich vom Land doch nicht erpressen lassen!
- Kein Konzept – Wer will die Katze im Sack?
- Keine Demokratie – Eine Befragung per Postwurf ist undemokratisch!
- Keine Infrastruktur – Schulen, Bauhof, Kindergärten usw. stehen auf der Abschlusliste
- Keine Informationen – Schöne Worte haben wir schon genug gehört. Wo bleiben die Fakten?

Stimmen auch Sie gegen diese Zwangsfusion!

Rettungsschirm für Menschen
statt für Banken und den Euro!

Geben statt nehmen

Die Politiker kassieren höchste Einkommen dafür, dass sie Österreich im Auftrag der EU-Banken und -Konzerne kaputtsparen. Die steirischen KPÖ-Politiker haben sich verpflichtet, politische Einkommen, die die Höhe eines Facharbeitereinkommen übersteigen, in einen Sozialfonds einzuzahlen, damit das Geld denen zugute kommt, die es wirklich brauchen.

© regine schöttl - Fotolia.com

Nationalratswahl 2013

Zusperren und Drüberfahren?

Nicht mit mir!



KPÖ
www.kpoe-steiermark.at

Liste 8

Jürgen Klösch
KPÖ-Gemeinderat in Bruck/Mur
Spitzenkandidat Obersteiermark
Landesliste Nr. 7